

Solidarische Unterstützung für Entwicklungsländer und Befreiungsbewegungen

Genossinnen und Genossen!

Die Sicherung des Friedens, Schritte zur friedlichen Regelung regionaler Konflikte, das Ringen um sozialen Fortschritt und die Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen waren Gegenstand des Meinungs- und Erfahrungsaustausches mit führenden Politikern sowie mit Repräsentanten von Parteien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Die DDR läßt sich davon leiten, daß die Bewältigung der auf den Entwicklungsländern lastenden Probleme der Rückständigkeit, der Armut und des Hungers, der auf 1,3 Billionen Dollar angewachsenen Auslandsverschuldung und die Beilegung regionaler Konflikte immer größere Bedeutung für die Bewahrung von Frieden und Sicherheit sowie für die allseitige Entwicklung dieser Länder erlangen. Wir treten für eine sachliche Erörterung der konstruktiven Vorschläge der UdSSR, Kubas und anderer Staaten zur globalen und gerechten Regelung der Schuldenkrise ein und begrüßen die verstärkten Anstrengungen vieler Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die sie zur Verbesserung ihrer Lage und zur friedlichen Regelung regionaler Konflikte unternehmen.

Getragen von dieser prinzipiellen Überlegung, begrüßt die DDR die Einleitung des Unabhängigkeitsprozesses für Namibia auf der Grundlage der Verwirklichung der Resolution 435/78 des UNO-Sicherheitsrates. Sie hat ihre Bereitschaft erklärt, sowohl an der UNO-Übergangshilfsgruppe UNTAG mitzuwirken als auch Hilfe bei der Rückführung namibischer Flüchtlinge in ihre Heimat zu leisten. In dieser entscheidenden Phase des Kampfes um die Unabhängigkeit werden wir die solidarische Unterstützung für das namibische Volk fortführen.

Genossinnen und Genossen!

Immer stärker setzt sich die Erkenntnis durch, daß eine internationale Nahostkonferenz unter Schirmherrschaft der UNO, an der alle betroffenen Seiten, einschließlich Israels und der PLO, sowie die fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates teilnehmen, der geeignetste Weg ist, um zu einer gerechten, umfassenden und dauerhaften Regelung des langwierigen Konflikts in dieser Region zu gelangen. Der seit Dezember 1987 andauernde Volksaufstand in den besetzten Gebieten beweist, daß auch nach mehr als 20 Jahren Okkupation der Freiheits- und Friedenswille des palästinensischen Volkes ungebrochen und der israelischen Gewaltpolitik kein Erfolg beschieden ist. Während der freundschaftlichen Begeg-